

**Rundbrief Nr. 1 vom 11. Juli 2014**

Sehr geehrte/r Vollmachtgeber/in,  
sehr geehrte/r Unterstützer/in,

wir haben endlich den Verteiler mit den email-Adressen der Vollmachtgeber und Unterstützer erstellen können, auch dank Ihrer Spenden, die allerdings noch immer sehr zögerlich kommen und bisher insgesamt weniger als € 1.000 betragen.

Damit kann natürlich keine schlagkräftige Organisation aufgebaut werden, die es braucht, um einen massenhaften Schuldenstreik auf die Beine zu bekommen. Aber es ist möglich, die website [www.geldhahn-zu.de](http://www.geldhahn-zu.de) fortzuführen und vor allem Aufklärung zu betreiben.

Ich selbst befinde mich nach wie vor gegenüber meinen Banken und dem Finanzamt im Schuldenstreik und muss eine Vielzahl von Prozessen in eigenen Angelegenheiten führen.

Daneben führe ich noch einen Prozess für eine Aktivistin (Wiegand) exemplarisch gegen die Commerzbank, der auch auf der website präsentiert wird (<http://geldhahn-zu.de/justiz/zwangsvollstreckungen-leicht-gemacht/musterklage-vor-gericht-der-fall-w.-gegen-commerzbank>).

Zusätzlich biete ich gegen Spende in frei wählbarer Höhe Telefonberatung an und begleite damit eigenständige Schuldenstreikaktionen und Prozessführungen von Kredit- und Steueropfern, die sich verweigern wollen oder in Zwangsvollstreckungen verwickelt worden sind.

Die Aufmerksamkeit der Medien für die Aktion Schuldenstreik hat beständig zugenommen. So werde ich jetzt in dem Dokumentarfilm der österreichischen Filmemacherin Johanna Tschautscher über das Geld- und Finanzsystem „Too big to Tell“ als schuldenstreikender Wirtschaftsanwalt gezeigt und von Hans Meiser (früher RTL) in seiner Sonntagssendung bei Radio Regenbogen interviewt (die Sendung läuft wahrscheinlich am 6.7.2014, ab 10 Uhr im Radio Regenbogen, Mannheim). Der lokale Radiosender Radio X, Frankfurt am Main, wird uns wahrscheinlich einen monatlichen Sendeplatz einräumen. Die Dokumentarfilmerin Carmen Losmann (Grimme-Preis-Trägerin) möchte einen Dokumentarfilm mit mir machen.

Ich versuche jede Möglichkeit zu nutzen, um das Geschäftsmodell der Banken verständlich zu machen (Geld verleihen, was vor Auszahlung nicht existiert) und daraus die Forderung nach Einstellung aller Vollstreckungsmaßnahmen aus Grundschuldbestellungsurkunden abzuleiten, also ein Moratorium durchzusetzen.

Den härtesten Widerstand dagegen leistet noch die Justiz, die nicht mehr weiß, welche Aufgabe sie hat (Rechtsschutz den Opfern des Systems zu gewähren).

Wir werden jetzt regelmäßig berichten, welche Entscheidungen und welche Argumentationen die Justiz liefert, um dann an die Ministeriumsspitzen und Politiker heranzutreten, um gesetzliche Schritte einzuleiten, die geeignet sind, die Justiz von ihrem fatalen Kurs des Bankenschutzes statt Opferschutzes abzubringen.

Zum Abschluss darf ich auf die [Anlage 1](#) verweisen, die ein Schreiben an die Frankfurter Sparkasse enthält, welches sozusagen die zweite Stufe des Schuldenstreiks eingeleitet hat. Auf dieses Schreiben liegt noch keine Antwort vor. Die Zwangsvollstreckungsmaßnahmen setzt sie allerdings fort und jetzt sogar Insolvenzantrag gestellt. Wie ich darauf reagiert habe, ist meiner sofortigen Beschwerde zu entnehmen, die ich ebenfalls beigefügt habe ([Anlage 2](#)).

Bitte senden Sie uns Ihre Fragen und Anregungen an [info@geldhahn-zu.com](mailto:info@geldhahn-zu.com). Im nächsten Rundbrief soll hierauf in erster Linie eingegangen werden.

Über den Facebook- und Twitterkanal von Geldhahn zu! erfahren Sie die neusten Erkenntnisse, Infos, Veranstaltungstermine und alles das was wir für lesens- und wissenswert erachten.

Mit freundlichen Grüßen

(Scharpf, LL.M.)  
Rechtsanwalt